



Wer bezahlt die Rechnung für die zweite Welle?

Die neuen Einschränkungen im Kampf gegen die Pandemie schlagen bereits auf den Arbeitsmarkt durch. Um die Frage, wie man den Firmen helfen soll, wird heftig gestritten. **Von Daniel Friedli und Andrea Kučera**



Wieder vermehrt auf der Suche: Ein Mann auf dem Weg zum regionalen Arbeitsvermittlungszentrum in Sargans.



Mit der Verbreitung des Coronavirus verschärfen sich auch die wirtschaftlichen Probleme wieder. Seit gut einer Woche beobachtet der Bund, dass erneut mehr Firmen für ihre Belegschaft Kurzarbeit anmelden. Und auch die Zahl der Menschen auf Stellensuche steigt, seit der Bundesrat und mehrere Kantone die Schutzmassnahmen gegen die Pandemie in den letzten Wochen verstärkt haben (siehe Grafik). «Nach der positiven Entwicklung bis Mitte Oktober sehen wir am Arbeitsmarkt seit kurzem eine Trendumkehr», sagt Michael Siegenthaler, Leiter der Sektion Arbeitsmarkt bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Der Experte führt diese Wende hauptsächlich auf die neuen Einschränkungen im Wirtschaftsleben zurück, denn diese seien nun da und dort zu viel: «Firmen, denen das Wasser jetzt schon bis zum Hals steht und die auch nach der Krise mit Einbussen rechnen, sprechen nun erste Entlassungen aus.»

Viele Unternehmen stehen also erneut vor schwierigen Wochen. Umso mehr stellt sich die Frage: Wie hilft man der Wirtschaft durch die zweite Welle? Gilt nun auch hier, dass in erster Linie die Kantone in der Verantwortung stehen und der Bund nur aus der zweiten Reihe mittut? Und vor allem: Reicht das?

Aus den Kantonen ertönt immer lauter die Antwort: mitnichten. Ohne zusätzliche Mittel könnten viele Kantone die Hilfen nicht stemmen, davor warnte diese Woche der oberste Finanzdirektor, der Zürcher Ernst Stocker. Noch deutlicher äussert sich seine Genfer Kollegin Nathalie Fontanet: «Der Bund hat sich entschieden, die Kantone bei der Bewältigung der Krise allein zu lassen.» Beide fordern darum, dass der Bundesrat das neueste Hilfsinstrument, das sogenannte Härtefallprogramm, vor seinem Entscheid in zwei Wochen nochmals deutlich aufstockt.

Angst vor Ungerechtigkeit

Dieses Programm sieht vor, dass die Kantone auf ihrem Gebiet notleidende Firmen mit Krediten oder Direkthilfen unterstützen können. Tun sie dies, beteiligt sich der Bund zu 50 Prozent an den Kosten, wobei diese Beteiligung aber limitiert ist. Gemäss dem ersten Vorschlag will der Bund maximal 200 Millionen Franken beisteuern. Und dieser Betrag sorgt nun für Unmut. Noch im Frühherbst hätten die Kantone mit diesem Vorschlag leben können, sagt Christoph Brutschin, der Präsident der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren.

Doch nun, wo die zweite Welle stärker zuschlage, als viele erwartet haben, sei absehbar, dass das Geld nicht reichen werde. «Wir müssen entweder das Paket noch deutlich aufstocken oder nochmals ein separates Hilfsinstrument auf die Beine stellen», sagt Brutschin. Er selber plädiert dafür, das bestehende Härtefallprogramm auf mindestens eine Milliarde Franken aufzustocken. Dabei, so der Basler, solle der Bund von den zusätzlichen 600 Millionen Franken 80 Prozent übernehmen.

In diese Debatte spielt auch hinein, dass nicht alle Kantone dieselbe Finanzkraft haben und es deswegen schon jetzt zu Reibereien kommt zwischen ärmeren und reichen sowie stark und weniger stark betroffenen Kantonen. Dem Walliser Staatsratspräsidenten Christophe Darbellay etwa macht Sorgen, dass die Nachbarn aus der Waadt diese Woche ein Hilfsprogramm mit fast 100 Millionen Franken aus der eigenen Kasse angekündigt haben. Dies bestätige den Bund nur in seiner Ansicht, er selber müsse nichts tun. Doch das sei falsch. «Es ist absolut unverständlich, weshalb der Bund die Kantone und Unternehmen im Stich lässt», moniert Darbellay.

Der Berner Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann kritisierte derweil in der «Berner Zeitung», kantonale Lösungen würden die Ungleichheiten weiter vergrössern und jene Kantone bestrafen, die letztlich zum Wohle aller weitgehende Einschränkungen beschliessen. Er fordert darum, dass der Bund wieder die ausserordentliche Lage ausruft und auch wirtschaftspolitisch die Führung übernimmt.

So weit will derzeit im Bundeshaus kaum jemand gehen, auch nicht die Linke. Sowohl SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer wie auch Grünen-Nationalrätin Regula Rytz finden, es sei nicht entscheidend, wer den Firmen nun helfe. Wichtig sei primär, dass jetzt schnell Geld ausbezahlt werde. Allerdings wünschen auch sie sich dabei vom Bund mehr finanzielle Unterstützung, wie etliche bürgerliche Wirtschaftspolitiker auch. Gross ist etwa die Bereitschaft, das Härtefallprogramm noch aufzustocken. «Wir müssen dieses Paket vergrössern und dabei wohl auch den Bund stärker in die Pflicht nehmen», sagt CVP-Nationalrat Nicolo Paganini. Ebenso zeichnet sich ab, dass eine Neuauflage des Kreditprogramms, das Finanzminister Ueli Maurer im Frühling auf die Beine gestellt hat, gute Chancen hat. «Ich bin der Meinung, dass man das Programm wieder öffnen sollte, ergänzt mit einfach um-



setzbaren Prüfkriterien», sagt FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger. Denn die dafür gesprochenen 40 Milliarden Franken seien bei weitem nicht ausgeschöpft worden.

Task-Force will mehr Unterstützung

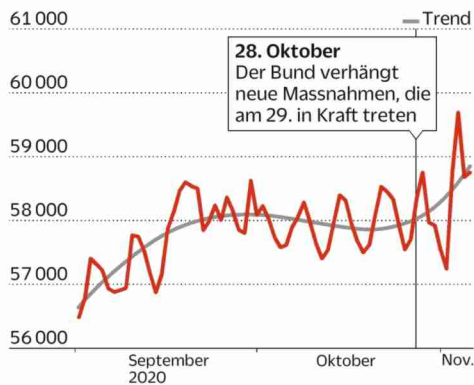
Sukkurs erhalten diese Stimmen von der wissenschaftlichen Task-Force des Bundes. Diese hat am Freitag explizit empfohlen, betroffene Firmen und Unternehmer zu unterstützen, und zwar mit den bewährten Rezepten vom Frühling - und allenfalls neuen Instrumenten. So brauche es «möglicherweise eine stärkere Unterstützung der langfristig überlebensfähigen Unternehmen». Zusätzlich betont sie, dass man nicht aus Angst vor den wirtschaftlichen Folgen auf die Einschränkung gewisser Tätigkeiten verzichten solle. Denn auch solche Einschränkungen seien längerfristig günstiger als eine lang währende Unsicherheit mit hohen Infektionszahlen und einem überlasteten Gesundheitssystem.

Andere Akzente setzt die SVP. Nationalrat Albert Rösti sagt, die Schweiz solle den eingeschlagenen Weg weitergehen und so lange wie möglich auf verordnete Betriebsschliessungen verzichten. Das nütze der Wirtschaft am meisten. Und so hofft Rösti auch, ohne neue Hilfsprogramme durch den Winter zu kommen. Man solle nun einmal mit dem starten, was vorhanden und geplant sei, sagt er. Und dabei stünden jetzt auch die Kantone finanziell in der Mitverantwortung.

Damit bahnt sich bei der wirtschaftlichen Bewältigung der zweiten Welle an, was bereits im Bereich der Gesundheitspolitik geschehen ist: Bund und Kantone werden wohl noch lange darum ringen, wer was tun soll. Und im Moment lässt sich dieses Zusammenspiel am besten mit dem Wort beschreiben, das Finanzminister Maurer selber diese Woche für das Härtefallprogramm verwendete: Es ist noch «unvollendet».

Wieder mehr Leute auf Arbeitssuche

Anzahl Stellensuchende auf der Plattform Job-Room des Bundes (Veränderung im Vergleich zum Vorjahr, auf Tagesbasis)



Quelle: Konjunkturforschungsstelle KOF